

Treffen von Teachers for Future Germany e.V., Kultusministerin Theresa Schopper und Achim Beule, Referent für Nachhaltigkeit am KM

anlässlich der Übergabe des Offenen Briefs zum „Dienstleid-Dilemma“

am 5. Oktober 2021, 16-16.45 Uhr



BNE - Unsere Wünsche und Vorschläge an das Kultusministerium

BNE umfasst im Sinne des *Whole School/Institution Approach* drei Ebenen. Erstens, die unterrichtliche Vermittlung von BNE – zu der nicht nur bestimmte Inhalte, sondern auch bestimmte methodische Herangehensweisen gehören. Zweitens, das schulische Alltagshandeln, also Schule als nachhaltiger, klimaneutraler Ort. Drittens, die Entwicklung von politischen Handlungskompetenzen, um Klimaschutz nachhaltig und darüber hinaus selbstwirksam zu gestalten.

Wir haben im Folgenden unsere Wünsche und Vorschläge für Veränderungen auf allen drei Ebenen zusammengetragen.

EBENE 1 – VERMITTLUNG VON WISSEN UND KOMPETENZ

● Räume und Ressourcen für BNE

Seit der Verankerung von BNE als Leitperspektive im Bildungsplan 2016, haben an zahlreichen Schulen vermehrt Projekte und Aktionen im Rahmen der Nachhaltigkeitsbildung stattgefunden. Auch im Unterricht dürften seither mehr BNE-Inhalte vermittelt worden sein. Allerdings sind wir aktuell noch weit von dem Maß entfernt, das für BNE - hinsichtlich des Status als Leitperspektive und der gesellschaftlichen Relevanz - angemessen wäre. Wir brauchen an den Schulen fest verankerte Strukturen, die eine Umsetzung fördern und sogar fordern. Dazu gehören zeitliche und inhaltliche Räume, sowie personelle Ressourcen.

● BNE-Fortbildungen für alle

Damit BNE an Schulen vermittelt werden kann, brauchen wir verpflichtende Fortbildungen für alle Lehrkräfte. Bei BNE geht es nicht nur um Inhalte, sondern auch um eine andere Art der methodischen und pädagogischen Herangehensweise: echte Partizipation, Kommunikation auf Augenhöhe, Stärkung der Ambiguitätstoleranz und die Schaffung von Freiräumen. Um solche partizipativen Ansätze in die Schule von morgen zu tragen, müssen sie auch Einzug in die Ausbildungsseminare halten. Bisher werden sie hier nur rudimentär vermittelt und in den Prüfungen weitestgehend vernachlässigt.

● Bildungspläne entschlacken – Zeit und Raum für BNE schaffen

Um in angemessener Weise Raum für BNE zu schaffen, ist es auch notwendig, die Bildungspläne auf Fächerebene inhaltlich zu „entschlacken“. Realität an baden-württembergischen Schulen ist nach wie vor, dass Leitperspektiven angesichts der Fülle der verpflichtend zu unterrichtenden Inhalte und Themen „hinten runter“ fallen. Unsere Schulen brauchen neben verpflichtender BNE-Fortbildungen Zeit und Räume, um BNE umzusetzen. Denkbar wäre beispielsweise eine Kürzung des Fachdeputats um 1-2 Stunden. Der so entstehende „BNE-Stunden-Pool“ könnte von den Kollegien dafür genutzt werden, die Umsetzung von BNE an den Schulen zu planen und umzusetzen. In welcher Form die Umsetzung an der einzelnen Schule passiert, d.h. wie genau Raum und Zeit im Einzelnen gestaltet werden, entscheiden die Schulgemeinschaften vor Ort.

● **Leistungen in BNE müssen als gleichwertig anerkannt werden**

Da BNE von der Methodik her projektorientiert ist, müssen BNE-Projekte als gleichwertige Leistungen angerechnet werden können. Nur so kann der Stellenwert in den Augen der Schüler*innen und Lehrer*innen steigen. BNE-Wissen in Form von Klassenarbeiten abzufragen, ist ein Widerspruch in sich. Hier brauchen wir dringend neue Unterrichts- und Prüfungsformate, die durch entsprechende Methodik zukunftsorientierte Kompetenzen fördern und die Leistung von Schüler*innen im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung auch als wertig anerkennen.

EBENE 2 – SCHULE ALS NACHHALTIGER ORT

● **BNE-Beauftragte an jeder Schule**

Wir brauchen professionell geschulte BNE-Beauftragte an allen Schulen, die für ihre Arbeit auch Entlastungsstunden erhalten. Die Stelle eines*einer BNE-Beauftragten muss an jeder Schule ebenso verpflichtend besetzt werden, wie etwa die der Gleichstellungsbeauftragten. Es ist unverständlich, dass wechselnde Hygienekonzepte innerhalb kürzester Zeit an jeder einzelnen Schule bekannt gemacht und umgesetzt werden, dass aber ein vergleichsweise in sich ruhendes Konzept wie BNE (inkl. der zentralen Schriften, also des Orientierungsrahmen Globale Entwicklung und des Nationalen Aktionsplans BNE, beide von 2017) bislang nur einem relativ exklusiven Zirkel BNE-engagierter Lehrkräfte und Schulleitungen bekannt ist und zudem von diesen meist „auf eigene Kosten“ umgesetzt wird.

● **Ausstattung der Schulträger für klimaneutrale Schulen**

Schulen sollen nachhaltige Lernorte sein, um ihre Funktion als Sozialisationsraum der Zukunft gerecht zu werden. Dazu müssen Schulträger finanziell und inhaltlich so ausgestattet und angewiesen werden, dass sie dafür sorgen können, Schulen bis 2035 klimaneutral und in ihrer Beschaffung nachhaltig zu machen. Diese Anstrengungen können nicht einzelnen, engagierten Physik- oder Biologie-Kolleg*innen überlassen werden, die im Rahmen von Klima- oder Öko-AGs PV-Anlagen auf Schuldächern installieren oder Feuchtbiotop im Schulgarten anlegen. Auch hier muss das Prinzip der Freiwilligkeit und des zufälligen Engagements Einzelner beendet und durch ein planvolles, zukunftsgerichtetes Handeln ersetzt werden.

EBENE 3 – POLITISCHE HANDLUNGSKOMPETENZ STÄRKEN

● **Klare Signale und positive Verstärkung**

Die bei Fridays for Future engagierten Schüler*innen sind Vorbilder – sowohl in Sachen Nachhaltigkeit, als auch mit ihrem zivilgesellschaftlichen Engagement (Zivilcourage als gelebte, demokratische Tugend!). Ohne die Fridays for Future-Bewegung hätte die Klima-Thematik nicht die öffentliche Aufmerksamkeit, die sie mittlerweile besitzt – und wäre auch nicht zu einem zentralen Wahlkampfthema geworden. Wir wünschen uns, dass Sie als Kultusministerin den Lehrkräften und Schulen im Land klar kommunizieren, dass Jugendliche, die sich bei Fridays for Future engagieren, unsere Juwelen sind: Mehr können wir uns mit Blick auf unsere pädagogische Verpflichtung, Schüler*innen zu politisch mündigen Staatsbürger*innen zu erziehen, nicht wünschen (vgl. Schulgesetz BW Paragraph 1).

● **Juristische Klarheit und Sicherheit für Projekte**

Projekte wie beispielsweise den schon in mehreren Bundesländern pilotierten „FREI-Day“ (<https://freiday.org>), oder daran angelehnte Projekte wie Future Skills, das an einem Gymnasium in Baden-Württemberg im letzten Schuljahr erprobt wurde (<https://www.stromberg-gymnasium.de/?tag=future-skills>), sind wichtige Modellversuche der praxisorientierten BNE an Schulen. Damit Schulleitungen und Kollegien ermutigt werden, hier im Sinne der BNE zu experimentieren, brauchen sie auch juristische Sicherheit und Rückendeckung. Viele Schulen lassen sich auch deshalb nicht auf solche Formate ein, weil sie sich damit derzeit in einer schulrechtlichen Grauzone bewegen.

● Politische Bildung praxisorientiert

Um der Klimakrise aktiv zu begegnen, ist eine tiefgreifende gesellschaftliche Transformation notwendig. Diese benötigt sogenannte Change Agents, die den Wandel vorantreiben, wie es in den 17 SDGs der Vereinten Nationen beschrieben wird. Schülerinnen und Schüler zu eben solchen Change Agents auszubilden, ist essentiell und die Idee des Forschungsprojekts KLIMAAKTIV. Solche Modellprojekte müssen vermehrt „Schule machen“. Auch wer sich als Schüler*in bei Fridays for Future engagiert, erlebt und lernt Demokratie „by doing“: Demonstrationen anmelden, Demo-Reden halten, Mahnwachen („KlimaCamps“) organisieren, mit Politiker*innen sprechen oder Pressemitteilungen schreiben. Wir brauchen, auch innerhalb der Schulen, mehr Freiräume für eine in diesem Sinne praxisorientierte demokratische Bildung, die über das obligatorische im GK-Ordner abzuheftende Arbeitsblatt zu den Wahlen hinausgeht.

● Demokratiebildung for Future

Gerade auch, was die Demokratiebildung betrifft, die integraler Bestandteil des „Whole School/Institution Approach“ ist, gilt: Die Klimakrise verschärft die Demokratiekrise. Mit Blick auf die 68er Jahre wird deutlich, was droht, wenn sich ein Staat den drängenden und – bzgl. der Klimakrise nach Karlsruhe auch im juristischen Sinne – legitimen, auf demokratischem Wege geäußerten Forderungen einer ganzen Generation nicht nachkommt. „Wir streiken, bis ihr handelt!“ – mit diesem Leitspruch verorten sich Fridays for Future eindeutig innerhalb der bestehenden staatlichen Ordnung. Sie bilden zugleich einen machtvollen Gegenpol zum erstarkten Rechtspopulismus bzw. einem „autoritären Nationalradikalismus“ als Bedrohung der offenen Gesellschaft und unserer liberalen Demokratie (vgl. W. Heitmeyers Studien) innerhalb und außerhalb der bundesdeutschen Parlamente. Hieraus ergibt sich eine Verantwortung, die demokratische politische Führungen bis in die Klassenzimmer hinein bewusst wahrnehmen sollten.

● BNE muss in die schulischen Gremien

Wir wünschen uns, dass BNE in GLKs und Schulkonferenzen verpflichtende Tagesordnungspunkte werden, und dass in diesem Bereich eng mit der SMV zusammengearbeitet wird. Generell gilt es, das Partizipationsdefizit der jungen Generation, die von den Auswirkungen der Klima- und Biodiversitätskrise am stärksten betroffen sein werden, im Rahmen einer in dieser Hinsicht deutlich stärker partizipativen schulischen Gremienarbeit auszugleichen. Diese Notwendigkeit ergibt sich nicht zuletzt aus dem „Klima-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts vom April dieses Jahres.

● Einrichtung eines Think-Tanks BNE auf der Ebene des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg

Schaffung eines Gremiums unter Einbeziehung von am Schulleben Beteiligten (Schulleitungen, Lehrkräfte, Schüler*innen, Eltern...), um die unterschiedlichen Perspektiven, Ideen, Erfahrungen/Expertise und Bedürfnisse im BNE-Kontext zu erfassen und mitzudenken.

Stuttgart, den 5.10.2021



Peter Göttler

Timo Graffe

Nora Oehmichen

Thilo Schäfer

Marie-Louise Spitta